



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Hartung, Fritz: Die Krisis des deutschen Parlamentarismus

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Die Krisis des deutschen Parlamentarismus

Von Prof. Dr. Fritz Hartung

Für denjenigen der die Dinge ohne Schönfärberei zu betrachten gewillt ist, bedarf es nur weniger Worte, um die Überschrift dieses Aufsatzes zu rechtfertigen: Das parlamentarische Regierungssystem, das uns von den Demokraten als die einzige moderner Völker würdige Regierungsform angepriesen worden ist, das im Herbst 1918 in letzter Stunde dem Zusammenbruch hat vorbeugen sollen, das seit 1919 in der neuen Reichsverfassung verankert ist, befindet sich seit langem in einer schweren Krisis. Man könnte sogar fragen, ob es denn überhaupt noch bestehe. Regiert doch bei uns statt der Parlamentsmehrheit, die in den übrigen parlamentarisch regierten Ländern die Minister zu stellen pflegt, fast ständig eine Minderheit. Aber das ist vielleicht nur eine Außerlichkeit, denn die festeste Stütze finden unsere Minderheitsministerien in der Tatsache, daß die ihnen gegenüberstehende Mehrheit aus ganz verschiedenen, höchstens in der Verneinung einigen, zu gemeinsamer Arbeit aber völlig unfähigen Truppen besteht und gar kein Interesse hat, die Regierung zu stützen.

Und dennoch sind unsere regierenden Parteien nicht imstande, den Wiederaufbau Deutschlands im Innern wie nach außen zu leiten. Es fehlt ihnen in erschreckendem Maße an führenden Männern, die nicht allein die großen und neuen Gedanken für die Zukunft fassen, sondern die vor allem auch ihre Partei für diese Gedanken gewinnen und in der einmal eingeschlagenen Richtung festhalten könnten. Über dieses Führerproblem, das nicht nur eine Frage der Parteiorganisation ist, sondern zugleich unsere gesamte politische Bildung angeht, soll nächstens einmal im Zusammenhang gesprochen werden. Für unsere heutige Betrachtung genügt die Feststellung, daß alle Parteien, auch die der Opposition, unter dem Mangel an überragenden Persönlichkeiten leiden. Um so schwerer fällt für oder genauer gesagt gegen unser parlamentarisches System die Tatsache ins Gewicht, daß die regierenden Parteien auch kein gemeinsames sachliches Programm haben und auch nicht haben können, weil sie keine gemeinsame Grundlage besitzen.

Denn die Voraussetzung für ein halbwegs gedeihliches Arbeiten des parlamentarischen Systems ist es, daß die große Mehrzahl der Parteien die Grundlagen der staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verfassung anerkennt. Das ist in England, dem klassischen Lande des Parlamentarismus, stets der Fall gewesen. Auch in Frankreich ruht der Parlamentarismus auf der sozial und politisch im wesentlichen einigen Nation. Stetige Politik ist nur da möglich, wo man von der gleichen Grundlage ausgeht und dem gleichen Ziele zustrebt; über die Mittel und Wege der Politik können dann getrost Meinungsverschiedenheiten bestehen. Bei uns aber ist diese Einheitlichkeit durch die Revolution zersört worden. Die gemeinsame Front von Zentrum, Demokratie und Sozialdemokratie gegen die gefürchtete Reaktion kann darüber nicht hinwegtäuschen, daß für die einen die individualistische und für die andern die sozialistische Staats- und Gesellschaftsverfassung maßgebend ist. Und wenn diese Parteien gemeinsam die Weimarer Verfassung zustande gebracht haben, so war diese Leistung nur dadurch möglich, daß sich die Verfassung auf den äußeren, formalen Aufbau des Staates beschränkt. Seitdem es sich darum handelt, die Formen mit materiellem Inhalt zu erfüllen, erweist sich die Zusammenarbeit dieser Parteien als unfruchtbar. Das Reichsschulgesetz stößt auf ungeheure Schwierigkeiten, und die Ordnung unseres Steuerwesens, die doch nur die finanzielle Folge der von den Parteien vertretenen auswärtigen Politik ist, hat gleichfalls innerhalb der Regierungskoalition mit den größten Widerständen zu kämpfen. Mag sein, daß der Zwang der auswärtigen

Politik die Parteien zusammenführt und die augenblicklichen Hindernisse (Mitte Januar) aus dem Wege räumt. Aber das allgemeine Problem, eine gemeinsame Grundlage für die Führung der politischen Geschäfte in Deutschland zu finden, bleibt dennoch bestehen, und solange dieses nicht gelöst sein wird, werden wir aus der offenen oder geheimen parlamentarischen Krisis nicht herauskommen.

Nun habe ich bereits in einem früheren Aufsatz (die Voraussetzungen einer nationalen Sammlungspolitik, Heft 42 des Jahrgangs 1921) hervorgehoben, daß sich unsere staatliche Tätigkeit angesichts der Zerrissenheit der Nation möglichst zurückhalten müsse. Deshalb beklage ich die Unfruchtbarkeit unserer Regierung auch nicht, solange sie sich auf Gebiete erstreckt, die wie das Schulwesen auch ohne neue Gesetze gedeihen können. Aber sobald es sich um die Lebensnotwendigkeiten des Staates handelt, dann wird aus der Krisis des Parlamentarismus eine Krisis des Staates. Man darf wohl ohne Übertreibung sagen, daß wir schon mitten in einer Krisis des Staates stehen. Nur mit äußerster Mühe vermögen unsere politischen Instanzen zur entscheidenden Willensbildung zu gelangen; wir haben das erlebt, als es sich im letzten Frühjahr um die Annahme des Ultimatums, im Herbst um die Unterwerfung unter die Teilung Oberschlesiens handelte; damals erzwangen die Großmächte den Beschluß. Und im Innern des Staates sind es die großen wirtschaftlich-sozialen Organisationen der Unternehmer auf der einen, der Angestellten und Arbeiter auf der andern Seite, die auf die politischen Entscheidungen Einfluß zu erlangen streben, die sich an die Stelle der Regierung zu setzen versuchen. Die Demokratische Publizistik betrachtet diese Entwicklung bereits mit Sorge (vgl. W. F. Bonn, die Auflösung des modernen Staats, Berlin 1921; A. Weber, Auflösung des Staatsgedankens? in der „Frankfurter Zeitung“ vom 30. November 1921). Aber ich glaube, auch auf der rechten Seite sollte man über dem billigen Behagen, das man angesichts der Schwierigkeiten unserer jungen Demokratie, von der wir ja nie viel erwartet haben, empfinden mag, doch die großen Gefahren nicht übersehen, die aus der Schwächung des Staatsgedankens für unsere ganze Zukunft erwachsen. Denn der Staat ist und bleibt die notwendige äußere Form alles nationalen Gemeinschaftslebens. Und wenn wir auch bei der Bruchigkeit dieser Form uns heutzutage hüten müssen, zu viel Inhalt in sie hineinzupressen, so darf doch auch der Kampf gegen die jetzige Parteiherrschaft nicht bis zur Zerstörung des Nestes unserer Staatsgefönnung getrieben werden. Der Scherben haben wir in unserm staatlichen Leben wahrhaftig schon genug. Wer nicht bloß aus romantischer Anhänglichkeit an das alte Kaiserreich, sondern aus Glauben an die Möglichkeit einer besseren Zukunft das heutige System befehdet, darf wohl Scherben wegräumen, soll aber nicht Brauchbares, ja Unentbehrliches zerstören.

## Des Reisenden Nachtlid

An allen Schaltern ist Ruh';  
In allen Bahnsteigen  
Siehest du  
Kaum einen Rauch.  
Die Züge schweigen im Eise.  
Trauernd am Gleise  
Schweigest du auch.

E. K.